

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 5

Artikel: "Rudern macht stark" : zur schweizerischen Integrationspolitik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092689>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur schweizerischen Integrationspolitik

«Rudern macht stark»

Einen Monat nach dem Nein des Schweizer Volkes zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hat der Chef des Integrationsbüros, Botschafter Bruno Spinner, vor Zürcher Studenten eine Bestandesaufnahme gemacht und festgestellt, dass die Schweiz durchaus integrationswillig ist. Wir geben den Vortrag im folgenden stark gekürzt wieder.

Bevor wir mit unserer integrationspolitischen Ruderpartie beginnen, lohnt es sich, nach innen und nach aussen zu beobachten. Dazu dienen auch die zahlreichen Konsultationen und Gespräche, die seit dem 7. Dezember stattfinden.

Die Reaktion der Wirtschaft

Bei der Wirtschaft, insbesondere bei der Exportwirtschaft, werden Investitionsentscheide sorgfältig überprüft. Produktivitätssteigerungen seien ohne EWR nur noch entweder mit Personalabbau oder mit verstärkter Berücksichtigung ausländischer Zulieferungen möglich. Verschiedene schweizerische Angebote bei öffentlichen Ausschreibungen im benachbarten Ausland mussten bereits zurückgezogen werden. An der Grenze wurde festgestellt, dass schweizerische Exportprodukte der Lebensmittelindustrie mit administrativen Verzögerungen und Schwierigkeiten zu rechnen haben.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des EWR-Neins müssen nun registriert und gemessen, nicht mehr nur als wahrscheinlich vorausgesagt werden. Für einen schlüssigen Befund ist dafür etwas Zeit nötig, wobei sich bestimmte Auswirkungen wohl erst langfristig bemerkbar machen werden (Forschung und Erziehung, Tourismus, Finanz- und Kapitalmarkt usw.).

Zentrale Anliegen der Exportwirtschaft betreffen:

- die Vereinfachung der Ursprungsregeln
- die gegenseitige Anerkennung von technischen Prüfungen der Exportprodukte (keine aufwendigen Nachkontrollen in der EG)
- die Produkthaftpflicht (Aufhebung der Haftung von Importeuren)

– das öffentliche Beschaffungswesen

Konzessionen der EG

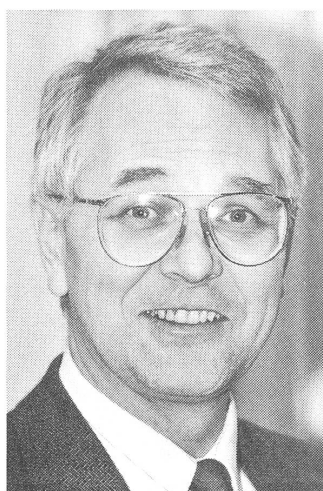
Die EG hat per 1. Januar 1993 den Binnenmarkt weitgehend realisiert. Für den Güterverkehr gibt es keine Kontrollen an den politischen Grenzen mehr. Der freie Personenverkehr soll in einigen Monaten, wenn das Schengener Übereinkommen (Abbau der Personenkontrollen an den gemeinsamen Binnengrenzen; deren Verlegung an die Aussengrenzen; Reduzierung der Kontrollen im Warenverkehr; Red.) in Kraft tritt, Realität sein.

Der Edinburger Gipfel der EG-Staats- und Regierungschefs im Dezember 1992 war ein Schulbeispiel für den Erfolg der jüngsten europäischen Integrationsgeschichte:

Den Wünschen Dänemarks wurde fast vollständig Rechnung getragen, so dass die dänische Regierung und die dänischen Parteien mit Zuversicht einem zweiten Referendum zum Maastrichter Vertrag im Mai 1993 entgegensehen. In einer förmlichen Entscheidung der Regierungen der zwölf EG-Staaten (nicht ratifikationsbedürftig) wurde präzisiert, dass die europäische Bürgerschaft die nationale Bürgerschaft nicht ersetze, dass Dänemark nicht verpflichtet sei, an der dritten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion teilzunehmen, dass keine Bestimmung des Maastrichter Vertrags Dänemark verpflichtet, Mitglied der WEU (Westeuropäische Union) zu werden oder bei verteidigungspolitischen Entscheidungen oder Aktionen der Union mitzuwirken. In einer Erklärung wurde ausserdem festgestellt, dass in den Bereichen Sozialpolitik, Konsumentenschutz und Umweltschutz strengere nationale Normen als jene der Union möglich bleiben.

Von einer Vergewaltigung der kleinen durch die grossen EG-Staaten kann also nicht mehr die Rede sein, im Gegenteil.

Frankreich erhielt Strassburg als Sitz des europäischen Parlaments,



Botschafter Bruno Spinner (Foto: Keystone).

Deutschland die beantragte Aufstockung seiner Abgeordneten im europäischen Parlament, und Grossbritannien wurde die Aufrechterhaltung seines Budgetabtrags zugestanden. Die ärmeren EG-Staaten Spanien, Portugal, Griechenland und Irland erhielten nahezu eine Verdoppelung der für den innergemeinschaftlichen Wohlstandsausgleich vorgesehenen Gemeinschaftsmittel (Erhöhung des Strukturfonds von 18 Mia Ecu [1992] auf 27,4 Mia Ecu [1999]; EG-Kohäsionsfonds von 15,15 Mia Ecu [1993 bis 1999]).

Mit dem Prinzip der Subsidiarität wurde insofern ernst gemacht, als nun auch das bestehende EG-Recht nach überflüssigen Regelungen durchforstet werden muss.

Schliesslich wurde in Edinburg auch beschlossen, die EG-Erweiterungsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland am 1. Februar 1993 formell zu eröffnen. Mit Norwegen sollen diese Verhandlungen aufgenommen werden, sobald die Stellungnahme der EG-Kommission zum norwegischen Beitritts-gesuch vorliegt, voraussichtlich Ende März 1993. Auch der Schweiz wurde eine Türe offengelassen, indem die EG-Kommission aufgefordert wurde, bei deren Stellungnahme zum

schweizerischen Beitritts-gesuch die Meinung der schweizerischen Behörden im Anschluss an die EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 zu berücksichtigen. Damit ist die Schweiz noch nicht vom nächsten Erweiterungs-zug abgehängt. Allerdings wird erwartet, dass innert einiger Monate von der Schweiz klare Zeichen ausgehen, ob der Wille zum EG-Beitritt wirklich besteht oder nicht.

1996 soll die nächste grosse Regierungskonferenz der EG-Staaten stattfinden. Alsdann stehen Themen wie Demokratisierung, Föderalismus und Sicherheitspolitik auf dem Traktandum.

EWR auch ohne die Schweiz

Das EWR-Abkommen soll möglichst schnell in Kraft gesetzt werden. Ein «Schweizer Protokoll» soll dafür sorgen, dass der Vertrag tel quel, ohne Wirkung für die Schweiz, in Kraft gesetzt werden kann. Die Schweiz hat sich bereit erklärt, alles in ihrer Macht Stehende beizutragen, damit das EWR-Abkommen auch ohne sie möglichst schnell in Kraft treten kann. Ein späterer Beitritt zum EWR-Abkommen ist theoretisch möglich, würde aber bedeuten, dass das seit dem 1. August 1991 neu verabschiedete EG-Recht, welches Binnenmarkt-relevant ist, praktisch unbeschoren, d. h. ohne lange Verhandlungen, übernommen werden müsste. Das EWR-Abkommen in der Fassung, wie es am 6. Dezember 1992 zur Annahme stand, steht kein zweites Mal zum Beitritt offen. Von einer Neuverhandlung, die speziellen schweizerischen Begehren Rechnung tragen würde, kann nicht ernsthaft die Rede sein.

Schweiz aktives EFTA-Mitglied

Die EFTA als Organisation, der die Schweiz weiterhin angehört, konzentriert sich inskünftig im wesentlichen auf die Inkraftsetzung und EFTA-seitige Anwendung des EWR-Abkommens. Die Schweiz hat des-

Fortsetzung Seite 4

halb auf die ihr zustehende Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1993 verzichtet. Allerdings hat sich die Schweiz bereit erklärt, die schwedische EFTA-Präsidentschaft zu unterstützen, insbesondere in den gemeinsamen EFTA-Aktivitäten gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie auch bei der Durchführung der nächsten EFTA-Ministerkonferenz in Genf.

Die EFTA-Staaten haben der Schweiz angeboten, den Sitzungen über EWR-Angelegenheiten als Beobachter beizuwohnen. Wir prüfen dieses Angebot derzeit, vor allem auch die damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen.

Verhältnis zu Liechtenstein klären

Unser Verhältnis zum Fürstentum Liechtenstein ist Gegenstand von intensiven bilateralen Verhandlungen. Es geht darum, Liechtenstein in die Lage zu versetzen, EWR-Vertragsstaat zu werden, ohne dass dadurch die Schweiz sozusagen durch die Hintertür vom grossen Binnenmarkt profitieren könnte. Diese Verhandlungen sind schwierig, zum Teil sehr technisch, und eine substantielle Änderung des Zollvertrags wird unumgänglich sein. Dem Wunsch Liechtensteins, gleichzeitig EWR-Staat zu werden und die privilegierten Beziehungen mit der Schweiz aufrechtzuerhalten, soll entsprochen werden, sofern die dazu nötigen Vorkehrungen und Mittel dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit genügen.

Aufgrund dieser innen- und aussenpolitischen Bestandesaufnahme gilt es die Marschroute und die Marschgeschwindigkeit der schweizerischen Integrationspolitik zu bestimmen. Das ist Sache des Bundesrates, welcher in enger Absprache mit dem Parlament und mit den Kantonen schon sehr bald handeln wird.

Drei Handlungsbereiche stehen im Vordergrund:

1) Innenpolitischer Schulterschluss
Der innenpolitischen Konsensfindung zu der vom Bundesrat vertretenen Integrationspolitik ist Priorität einzuräumen, selbst wenn dadurch

integrationspolitische Zielsetzungen später als ursprünglich erwartet erreicht würden. Die Distanz zwischen politischer Führung und dem Stimmvolk ist mit grossen informationspolitischen Anstrengungen abzubauen. Ein Informationskonzept, das nicht nur von den Behörden getragen werden sollte, ist langfristig auszurichten. Im Zentrum sollten die politischen und insbesondere sicherheitspolitischen Aspekte der europäischen Integration insgesamt stehen.

2) EWR-Löcher stopfen
Mit viel Geschick und dem Einsatz der vorhandenen Mittel müssen wir versuchen, bilateral mit der EG EWR-Löcher zu stopfen. Es geht nicht darum, irgendwelche Geschenke zu erhalten. Es geht darum, ausgeglichene Verträge dort abzuschliessen, wo allseits ein Interesse daran besteht. Relativ gute Karten haben wir in den Bereichen Transitverkehr, Forschung und, mit gewissen Einschränkungen, beim Warenhandel. Regionale Vereinbarungen, insbesondere in den Grenzregionen, können im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen ebenfalls dazu beitragen, die Integrationsdynamik zu erhalten und regionale Nachteile zu reduzieren.

3) Ordnungs- und integrationspolitisches Tauwetter
Die landesweite Auseinandersetzung im Hinblick auf die nächste Europaabstimmung muss ohne Verzug beginnen. Diese Auseinandersetzung muss von allem Anfang an ganzheitlich, d. h. gleichzeitig innenpolitisch und gegenüber der EG, geführt werden. Das innenpolitische Reformpaket, das die Muskeln des einsamen Ruderers stärken soll, muss eurokompatibel sein. Mit einer Entfernung von der europäischen Norm, zum Beispiel im Wettbewerbsrecht oder im Bereich der gegenseitigen Amts- und Rechtshilfe, könnten wir uns vielleicht vorübergehend Konkurrenzschutz und Attraktivität für aussereuropäische Investitionen sichern. Integrationspolitisch würden wir uns aber damit Fett anstatt Muskeln zulegen. Das Integrationsbüro und die Mission in Brüssel werden aufmerksam die Entwicklung der europäischen Rechtsordnung verfolgen und der innenpolitischen Entwick-

lung den integrationspolitischen Spiegel vorhalten.

Über Parcours und Tempo in Richtung schweizerischer Beitrittsverhandlungen wird allein der Bundesrat, aufgrund der innenpolitischen Machbarkeit und der europapolitischen Vorgaben, entscheiden. Bereits am 6. Dezember hat der Bundesrat dazu festgehalten, dass schliesslich Parlament, Volk und Stände darüber entscheiden können, ob die Schweiz eines Tages der EG beitreten soll oder nicht. Gespräche mit den europäischen Partnern, an denen teilzunehmen die Schweiz alles Interesse hat, werden dazu dienen, diesen Entscheid des Souveräns vorzubereiten.

Informationsdefizit wettmachen

Diese drei Handlungsbereiche sind ein anspruchsvolles integrationspolitisches Programm. Es verbindet Innenpolitik und Integrationspolitik zielgerichtet. Dies bringt mich zum letzten, vielleicht zum wichtigsten Punkt meiner Ausführungen:

Politiker, Diplomaten und Unternehmer haben mit dem Erbe vom 6. Dezember alle Hände voll zu tun. Die Politiker werden, vor allem in der deutschen Schweiz, das Vertrauensverhältnis mit ihrer Wählerschaft konsolidieren. Das autonome und eurokompatible Reformpaket wird dafür das Lehrstück bieten. Die schweizerischen Unterhändler werden all ihr Können darauf verwenden, bilaterale Abkommen mit der EG dort auszuhandeln, wo dies für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unerlässlich ist. Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Forschung und bei der Modernisierung des Freihandelsabkommens von 1972. Die Unternehmer werden alle ihre Kräfte darauf verwenden, trotz des Handicaps im europäischen Binnenmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Ihr ganzes unternehmerisches Geschick ist gefordert.

Wenn also die Politiker, die Unterhändler und die Unternehmer weitgehend ausgelastet sind, woher kann

dann der politische Druck für eine Politik der Öffnung, der europäischen Solidarität und Mitverantwortung kommen? Sicher von allen, die eine Welt- und Europa-offene Schweiz wünschen. Das integrationspolitische Ziel des Bundesrats kann nur erreicht werden, wenn ohne Überstürzung, aber beständig und volksnah darauf hingearbeitet wird, wenn Tauwetter kommt, indem

- die EG endlich nicht mehr als Feind, sondern als das dargestellt wird, was sie ist: ein Zusammenwirken europäischer Nationen zum Gemeinwohl aller, zur Verhinderung von Neonationalismen, zur Verhinderung von Fremdenhass und zur Öffnung hin zu einer gesamteuropäischen und weltweiten Solidaritätspolitik;
- indem sich die Schweiz autonom für den europäischen Konkurrenzkampf und Ideenwettbewerb rüstet;
- indem sich die Schweiz Europa gegenüber heute schon solidarisch zeigt;
- indem die Schweiz ihre Stärken zur europäischen Reife bringt (direkte Demokratie, Föderalismus, sozialer Friede, politische Stabilität usw.);
- indem unsere Wirtschaftskraft und damit unser Motor zur Selbständigkeit erhalten bleibt.

Die europäische Integration ist ein schwieriger, ein durchaus schweizerischer Weg. Auch ohne EWR-Abkommen sind wir in der Lage, mitzuhalten. Vorerst vielleicht nur in einem Ruderboot, aber, wie bereits gesagt: Rudern macht stark. ■